Altlandsberg, 29. Juni 2016

**An die Mitgliedsunternehmen**

**und Fördermitglieder!**

**Mitglieder-Info 06/2016**

Sehr geehrte Verbandsmitglieder,

nach turbulenten Tagen auf dem internationalen Parkett bezüglich der Auswirkungen des Votums zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie Witterungskapriolen in einigen Landesteilen steht nunmehr der Beginn der diesjährigen Getreideernte unmittelbar vor der Tür.

Wir möchten Sie in unserem monatlichen Rundschreiben über damit zusammenhängende Sachverhalte und auch verbandliche Aktivitäten in den zurückliegenden Wochen in Kenntnis setzen sowie ausgewählte Sachverhalte zur Verfügung stellen.

**1. Verbandsinterna**

**1.1. Antrittsbesuch beim neuen Präsidenten des Landesbauernverbandes Brandenburg e. V.**

Am 1. Juni 2016 fand in der LBV-Geschäftsstelle in Teltow-Ruhlsdorf eine Gesprächsrunde mit dem neu gewählten Präsidenten des Landesbauernverbandes Brandenburg, Herrn Henrik Wendorff, statt.

Seitens des LBV nahmen an dem Gespräch weiterhin Wolfgang Scherfke, Hauptgeschäftsführer sowie Dr. Karsten Lorenz, Referent für Acker- und Pflanzenbau, teil.

Unser Verband war mit Ulrich Bodack, Vorsitzender der Landesgruppe Brandenburg, Bernd Müller, Geschäftsführer der FMS Futtermittel GmbH Selbelang sowie dem Unterzeichnenden vertreten.

Im Rahmen der langjährigen Assoziierung beider Verbände wurde die aktuelle, schwierige Situation in der Landwirtschaft selbst sowie die Auswirkungen auf die vor- bzw. nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft erörtert.

Weiteres Gesprächsthema war eine mögliche gemeinsame Initiative beider Verbände hinsichtlich eines Blühstreifenprogramms beim Anbau von Luzerne im Rahmen des Greenings. Dazu konnten erste Ansätze für eine Umsetzung gemeinsam mit anderen interessierten Partnern besprochen werden.

**1.2. Unternehmerexkursion zur DHG mbH in Casekow sowie zur Fa. Pomot in Chojna**

 In Umsetzung des verbandlichen Arbeitsplans für das Jahr 2016 wurde am 7. und 8. Juni 2016 eine gemeinsame Unternehmerexkursion unseres Verbandes sowie des Verbandes Sachsen/Thüringen durchgeführt.

Daran nahmen 17 Personen aus 12 Mitgliedsunternehmen sowie der Verbandsgeschäftsführungen teil.

Erstes Ziel war die Dienstleistungs- und Handelsgesellschaft mbH Casekow.

Das Unternehmen beschäftigt ca. 85 Mitarbeiter und verfügt über mehrere Unternehmensstandorte in der Region sowie ein Tochterunternehmen in Polen.

Toni Müller, Prokurist des Unternehmens, stellte die Firma im Rahmen einer sehr informativen Power-Point-Präsentation vor. Unternehmensschwerpunkte sind der Getreide- und Ölsaatenhandel sowie ein umfangreicher Lohnarbeitsbereich. Erst vor kurzem konnte eine hochmoderne Saatgutaufbereitungsanlage mit einer Jahreskapazität von 10.000 t in Betrieb genommen werden.

Ein anschließender Betriebsrundgang vertiefte den Eindruck eines wirtschaftlich gut aufgestellten Unternehmens.

Nach einer kurzen Fahrt über die deutsch-polnische Grenze stand am Nachmittag des 07.06.2016 ein Besuch bei unserem neuen Fördermitglied, dem polnischen Landtechnikhersteller Pomot Spolka z.oo in Chojna auf dem Programm.

Die Fa. Pomot stellt auf der Grundlage einer neuseeländischen Lizenz Mineraldüngerstreuer her. Des Weiteren werden Tank- und Ausbringetechnik für flüssige organische Dünger sowie diverse Container, darunter Feldrandcontainer für die Güllezwischenlagerung, produziert.

Die Fa. Pomot versucht, die durch die Insolvenz der Güstrower L-M-B GmbH & Co. KG entstandene Marktlücke bei Mineraldüngerstreuer zu erschließen.

Der ehemalige L-M-B-Geschäftsführer, Herr Freudenberg, ist seit einigen Monaten als Vertriebsleiter Europa für das polnische Unternehmen tätig und gibt bei der Umsetzung neuer technischer Konzepte Unterstützung. Im Gespräch mit dem Firmeninhaber, Herrn Siatka sowie dem Exportberater, Herrn Dr. Pflugrad, konnte von zunehmenden Geschäftsabschlüssen mit deutschen Kunden berichtet werden.

Den Abschluss des Tages bildete ein geselliger und gesprächsreicher Abend im wunderschönen Klosterhotel Zehden.

Am Morgen des darauffolgenden Tages wurde dann die Großbaustelle des neuen Schiffshebewerkes in Niederfinow besichtigt werden.

**Wir bedanken uns im Namen aller Exkursionsteilnehmer für die außerordentliche Gastfreundschaft der besuchten Unternehmen!**

**1.3. Informationsveranstaltung zur Softwarelösung der Fa. AMIC**

Eine Reihe von Mitgliedsunternehmen nutzen seit vielen Jahren die A. Eins-Software der AMIC-GmbH mit Sitz in Kiel als kaufmännische Softwarelösung für die Agrarbranche. Das außerordentlich umfangreiche Programmpaket stellte hohe Anforderungen an seine potentielle Nutzer.

In einem Erfahrungsaustausch in den Räumen der ‚Agroservice Altenburg-Waldenburg e. G. in Ehrenhain am 15.06.2016 nutzten ca. 20 Teilnehmer aus 10 Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit, mit dem territorial zuständigen Lizenznehmer der Softwarelösung, der Fa. WUNDS Datensysteme GmbH, ins Gespräch zu kommen.

Im mehrstündigen Frage- und Antwortspiel stellten sich Herr Jens Wanner, Inhaber der Fa. WUNDS und seine Mitarbeiter den teils kritischen Fragen zur Programmanwendung und vermittelten eine Reihe praktischer Erfahrungen in der täglichen Arbeit mit der Softwarelösung.

Die Teilnehmer sprachen sich für die Einrichtung eines betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises/Fachausschusses im Rahmen des Gesamtverbandes aus.

**1.4. Getreidehandelstag und BVA-Getreideausschuss auf Burg Warberg**

„Im Zusammenwirken von Landwirtschaft, Handel und Verarbeitern leistet das moderne Agribusiness einen wichtigen Beitrag, die Ernährung der Menschen in Deutschland, Europa und in der Welt zu sichern. Um diesem Anspruch weiterhin gerecht zu werden, auch angesichts der zunehmenden Weltbevölkerung, ist eine Weiterentwicklung der modernen Landwirtschaft unabdingbar.“, erklärte Konrad Weiterer, Präsident des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e. V., auf dem 20. Getreidehandelstag Mitte der Woche auf Burg Warberg.

Damit das so bleibt, muss die Wettbewerbsfähigkeit national und international erhalten bleiben. Dazu zählen vor allem auch sicher politische Rahmenbedingungen. Eine Renationalisierung, wie sie sich in der EU und global abzeichnet, sei zwar kontraproduktiv, könne aber den weltweit notwendigen Handel nicht aufhalten, führte der Präsident weiter aus.

Den derzeitigen politischen Trend sieht auch der Chef-Volkswirt der Bremer Landesbank, Volker Hellmeyer, als einen deutlichen Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung. „Eine Entglobalisierung schränkt das Wachstumspotenzial eindeutig ein“, erklärte er, „und die Fliehkräfte in der EU führen zu einer Belastung der Eurozone.“ Gleichwohl sieht er durch einen Brexit auch eine Chance für die EU, durch Reformen wirtschaftlich weiter an Fahrt aufzunehmen. Überhaupt brauche sich die EU-Zone nicht zu verstecken, sieht er sie doch als – Zitat: „Powerhouse der Welt“. „Allein in Deutschland gibt es über 1.300 so genannte Hidden Champions – das sind gesunde, mittelständische Unternehmen, die in ihrem Segment als Marktführer weltweit gelten.“ Die Euro-Zone sei besser als ihr Ruf und verdiene nachhaltige Solidarität.

**19 Mio. t Weizenüberschuss erwartet**

Die Fachvorträge konzentrierten sich auf die Entwicklung internationaler und lokaler Getreidemärkte. Die globale Weizenversorgung dürfte in der Saison 2016/17 erneut mit einem Überhang abschließen und die Vermarktung wiederholt vor neue Herausforderungen stellen. Etwa die Hälfte der 19 Mio. t Überschuss vermutet der Getreideanalyst Bernhard Chilla, Agravis AG, Hannover, zwar in der VR China: „Und ob die Menge dort wirklich lagert, ist nicht gesichert“. Doch die andere Hälfte hat sich in den klassischen Exportländern wie den USA und der EU aufgebaut. „Und das macht den Weizenhandel in der kommenden Saison nicht einfacher“, so der Experte. Chilla erwartet mit 731 Mio. t die bisher zweitgrößte Weizenernte weltweit, bei einem Rekordverbrauch von 712 Mio. t.

**Ukraine profitiert von knapper Maisversorgung**

Trotz gut versorgter Weizenmärkte haben sich im vergangenen Jahr durchaus überraschende Entwicklungen ergeben. Auf Grund der vergleichsweise knappen Maisversorgung hätten Länder wie Thailand, Indonesien, Malaysia preiswürdigeren Weizen bevorzugt eingekauft. Davon profitierte v.a. die Ukraine, so Chilla, das rund 30 % ihrer Weizenexporte im fast abgeschlossenen Wirtschaftsjahr dorthin geliefert habe. Aber auch deutscher Weizen wurde nach Malaysia geliefert und französischer nach Vietnam. Mit diesen Warenströmen hätte niemand gerechnet, so der Experte weiter. Dieser Trend könnte durchaus anhalten. Nach vielen Jahren trete auch Indien wieder als Weizenimporteur am Weltmarkt auf. Eine von Dürre geplagte Weizenproduktion stoße dort auf eine zunehmende Nachfrage, die lediglich durch erhebliche Einfuhren gedeckt werden könne. Branchenkenner gehen von einem Bedarf in Höhe von zwei bis fünf Mio. t allein 2016 aus.

**Bedeutung Frankreichs als Braugerstenlieferant in der EU nimmt ab**

In der EU ist in diesem Jahr mit einer erneut komfortablen Weizenproduktion von 25,4 Mio. t auszugehen. Die feuchtwarme Witterung der letzten Wochen und damit ideale Bedingungen für den Pilzbefall befeuert im Handel jedoch die Diskussion um die Getreidequalitäten. Das betrifft auch den Braugersten-Handel, erklärte Sönke Weich, Geschäftsführer der Interbrau GmbH, Hamburg. Weich zufolge ist Deutschland Nettoimporteur von Braugetreide. Einer Nachfrage von rund zwei Mio. t stehe eine hiesige Produktion von lediglich rund 1,3 Mio. t gegenüber. Zu den wesentlichen Braugerstelieferanten gehören Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Tschechien.

**BVA-Getreideausschuss**

Dem eigentlichen Handelstag vorgelagert war eine Sitzung des BVA-Getreideausschusses am Vormittag des 21. Juni 2016. Die Sitzung wurde vom BVA-Präsident und Ausschussvorsitzenden, Herrn Konrad Weiterer, geleitet.

Der Getreideausschuss befasste sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

* Qualitätsanforderungen – Neue Wege in der Getreidevermarktung (Exportanforderungen, Sortenreinheit bei Mühlenware u. a.)
* Nachhaltigkeitszertifizierung in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette. Herr Jürgens, Geschäftsführer der REDcert GmbH, stellte dazu das Nachhaltigkeitssystem REDcert2 vor.
* Überarbeitung der Einheitsbedingungen im Deutschen Getreidehandel. Anhand einer Synopse informierte RA Teidge von der Mitteldeutschen Produktenbörse über den durch eine Arbeitsgruppe erstellten Entwurf einer Neufassung der Einheitsbedingungen. Bis zum 15.07.2016 besteht die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen zum Entwurf.
* Getreide-Melde-VO: Frau Ahrends von der BLE informierte zu den Anforderungen aus der Marktordnungsverfahren-Meldeverordnung.
* Tischumfrage: Bis auf den äußersten Nordosten wurde übereinstimmend über ein zu erwartende gute Getreide- und Rapsernte berichtet.

Nach Vorliegen des Ausschuss-Protokolls werden wir Sie noch einmal ausführlicher informieren.

**1.5. Treffen des Arbeitskreises Nachwuchsführungskräfte am 23./24. Juni 2016**

Auf Einladung unseres Verbandsmitglieds, der Friedländer Landhandels- und Dienste GmbH, trafen sich die Mitglieder des AK Nachwuchsführungskräfte in der zurückliegenden Woche am 23. und 24. Juni 2016.

Das Treffen mit 16 Teilnehmern aus 13 Mitgliedsunternehmen einschließlich zweier Fördermitglieder begann am Vormittag des 23.06.2016 in Friedland mit einer Vorstellung des gastgebenden Unternehmens durch dessen Geschäftsführer, Herrn Jürgen Ströde. Er vermittelte ein anschauliches Bild der erfolgreichen Unternehmensentwicklung und in der Funktion eines Industrielagers der SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH für die nordöstliche Region. Dem schloss sich eine SKW-Unternehmenspräsentation durch Herrn Parlow an.

Bei einem Betriebsrundgang wurden die Anlagen des Standortes Friedland in Augenschein genommen.

Im anschließenden **Workshop** wurden auf Wunsch der AK-Mitglieder folgende Themen behandelt:

* Teil I:

Unternehmensfinanzierung/Liquiditätsfinanzierung

Prof. Dr. Klaus Ahrends, AS Unternehmensberatung Berlin

* Teil II:

Arbeits- und Sozialrecht/Straßenverkehrsrecht

Sebastian Persinski, Bundesverband Lohnunternehmen e. V.

Insbesondere zum Teil Arbeits- und Sozialrecht entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion, die dann leider aus Zeitgründen abgebrochen werden musste.

Bei einer abendlichen Floßfahrt auf der Uecker zeigte sich anschaulich, welcher Zusammenhalt in relativ kurzer Zeit zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises entstanden ist.

**Wir möchten an dieser Stelle nochmals an alle Mitgliedsunternehmen appellieren, ihren Nachwuchsführungskräften die Mitarbeit im Arbeitskreis zu ermöglichen und dazu Kontakt mit der Verbandsgeschäftsstelle aufzunehmen.**

Abschließend erfolgte am Vormittag des 24.06.2016 bei brütender Hitze ein Besuch im Betriebsteil Ducherow der FLD GmbH. Dort stand der Betriebsteilleiter und AK-Mitglied Michael Scharff Rede und Antwort.

**Im Namen der Mitglieder des Arbeitskreises bedanken wir uns ganz herzlich für die Gastfreundschaft der FLD GmbH.**

Das nächste AK-Treffen soll – neben der Exkursion nach Brüssel Anfang September 2016 – Ende Juni 2017 in Thüringen stattfinden.

**1.6. Gemeinsamer Fachausschuss Getreide/Ölfrüchte am 28. Juni 2016 beim Getreideverarbeiter „Interstarch“**

Die Fa. Interstarch GmbH mit Sitz in Alt-Tröglitz bei Zeitz verarbeitet jährlich ca. 120.000 Tonne Winterweizen zu verschiedenen Stärkeprodukten sowie Futtermitteln.

Der Prokurist des Unternehmens, Herr Dr. Hintermayer, präsentierte zu Beginn der Ausschusssitzung das gastgebende Unternehmen und gab einen detaillierten Überblick über die Prozessabläufe der Weizenstärkeproduktion.

Anschließend erfolgte ein ausführlicher Betriebsrundgang durch die hochmodernen Anlagen.

Im internen Teil der Fachausschusssitzung wurde über folgende Themen informiert bzw. gesprochen:

* Auswertung des Saatguthandelstages am 9. und 10. Juni 2016 in Magdeburg, Martin Courbier, BVA
* Auswertung des Getreidehandelstages am 21. und 22. Juni 2016 auf Burg Warberg, Hans-Jochen Conrad, ASV Nordost
* Glyphosat update 3.0 – Auswertung der Veranstaltung am 26. Mai 2016 in Berlin, Dr. Jürgen Schulz, ASV Sachsen/Thüringen
* Tischumfrage und Erfahrungsaustausch zur aktuellen Situation bei Getreide und Ölfrüchten.

Leider entsprach die Teilnehmerzahl nicht den vorausgegangenen Erwartungen.

Das „Nacherntegespräch“ des gemeinsamen Fachausschusses soll voraussichtlich am 12. Oktober 2016 in Magdeburg stattfinden.

**2. EU-Austritt Großbritannien**

**Brexit – Schätzungen über die konkreten Auswirkungen des Brexit für die Agrarwirtschaft sowie mögliche zukünftige Handelsszenarien**

Mit rund **4,5 Mrd. Euro** beziehungsweise **7 Prozent** der gesamten Agrar- und Nahrungsmittelausfuhren war das Vereinigte Königreich 2015 ein **wichtiger Handelspartner** für Deutschland. Laut Einschätzung des Thünen-Instituts ist der **Handel mit unverarbeiteten Agrarprodukte**n von einem Brexit (<http://www.agrarheute.com/news/bexit-kommt-folgen-fuer-deutsche-agrarwirtschaft>) jedoch nur geringfügig betroffen.

Für den Bereich der **verarbeiteten Nahrungsmittel** hingegen werde es einen **deutlichen Rückgang** im Außenhandel geben, schätzen die Experten.  Für Deutschland bedeutet der Brexit einen **Rückgang der Nahrungsmittelexporte** nach Großbritannien von über **30 Prozent**, was einem Rückgang der Ausfuhren an Nahrungsmitteln in das Vereinigte Königreich von 1,2 Mrd. Euro entspricht.

## Folgen für den EU-Agrarhaushalt

Auswirkungen auf den EU-Agrarhaushalt seien jedoch gering. Die **Briten finanzieren 10 Prozent** des EU-Gesamthaushalts. Am Budget für die Landwirtschaft haben sie aber nur einen **Anteil von 5 Prozent**. Das liegt am "Britenrabatt", der für den Fall des Austritts den Schaden vermindert. In Zahlen ausgedrückt, zahlt das Vereinigte Königreich **14 statt 20 Mrd. Euro** in den EU-Agrarhaushalt ein und bekommt 7 Mrd. Euro an Agrarzahlungen heraus. Der Austritt schafft also eine **Finanzierungslücke von 7 Mrd. Euro** in der EU.

## Mögliche Handelsszenarien

Laut der Experten des Thüneninstituts gibt es verschiedene Möglichkeiten, den künftigen Zugang von Großbritannien zum europäischen Binnenmarkt zu gestalten.

* Beispielsweise könnte Großbritannien **Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum**(EWR) werden. Der EWR ermöglicht derzeit den freien Warenverkehr von Industrieprodukten, Dienstleistungen und Kapital zwischen Norwegen, Island, Liechtenstein und der EU. Für den Handel mit Agrar- und Ernährungsgütern gibt es hier allerdings **Sonderregelungen**, und es bestehen weiterhin noch **Zollbarrieren zwischen den Handelspartnern**.
* Denkbar wäre auch ein **eigenständiges Freihandelsabkommen** zwischen der EU und Großbritannien, das auch den Agrar- und Ernährungssektor einschließt.
* Ohne diese zusätzlichen Abkommen müsste Großbritannien nach dem Austritt auf Basis der **Regeln der Welthandelsorganisation** (WTO) mit der EU handeln.

## Extremszenario: WTO-Regeln

Die Experten des Thünen-Instituts für Marktanalyse haben das Handelsszenario nach WTO-Regeln mithilfe ihrer Marktmodelle berechnet. Dabei wurde angenommen, dass beide Parteien, EU wie Großbritannien, im Außenhandel wieder Zölle erheben. Weiterhin, dass die EU Großbritannien bezüglich der Zollhöhe entsprechend der WTO-Regeln genauso behandelt wie derzeit beispielsweise die USA, Brasilien oder China. Im Gegenzug, so wurde angenommen, würde sich Großbritannien ähnlich verhalten und Zollschranken entsprechend der WTO-Regeln erhöhen.

Von einem solchen Vorgehen wären die **Zollsätze für verarbeite Nahrungsmittel** besonders betroffen. Einfuhren von **Rindfleisch** in das Vereinigte Königreich würden z.B. mit **28 %** belegt. Importe von **Milchprodukten** würden einem **Zoll von über 35 %** unterliegen und **Zuckerimporte** in das Vereinigte Königreich würden mit einem **Zoll von über 125 %** belegt. (Quelle: agrarheute.com)

**3. Agrarpolitik**

**3.1. CDU/CSU-Hilfsprogramm für die Landwirtschaft auf der Zielgeraden**

Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angekündigte Hilfsprogramm für die [Landwirtschaft](http://www.topagrar.com/themen/Landwirtschaft-1774684.html) steht offenbar kurz vor der Verabschiedung. Die Fraktionsspitze habe das federführend von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gitta Connemann erarbeitete Papier abgesegnet, heißt es in Berlin. Die Abstimmung mit den zu beteiligenden Ministerien sei ebenfalls abgeschlossen.

Dem Vernehmen nach soll der „Pakt für die [Landwirtschaft](http://www.topagrar.com/themen/Landwirtschaft-1774684.html)“, wie das Programm heißt, am 5. Juli von der gesamten CDU/CSU-Fraktion beschlossen werden. Gegenüber top agrar wollte das allerdings niemand aus der Union offiziell bestätigen. Kernpunkte des Programms sind [Liquiditätshilfen](http://www.topagrar.com/themen/Liquiditaetshilfen-1782554.html), steuerliche Erleichterungen und mittelfristig ein strengeres Kartellrecht.

Im Einzelnen enthält der Pakt folgende Maßnahmen:

* Ein weiteres Liquiditätshilfeprogramm auf EU-Ebene kommen. Dieses soll mit nationalen Mitteln aufgestockt werden können und Möglichkeiten enthalten, die Hilfen „mit Maßnahmen zur Marktdisziplin“ zu verbinden. Damit ist wohl eine Mengendrosselung gemeint.
* Der Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung ([LUV](http://www.topagrar.com/themen/LUV-1774869.html)) soll auch 2017 wie schon 2016 um zusätzliche 78 Mio. € erhöht werden. Üblicherweise beträgt der Bundeszuschuss nur 100 Mio. € pro Jahr.
* Darüber hinaus fordert die Fraktion von [Bund](http://www.topagrar.com/themen/BUND-1774342.html) und Ländern ein Bürgschaftsprogramm. Der Darlehnshöchstbetrag soll dafür bei 300.000 € liegen und die staatliche Bürgschaftsquote bei 60 %. Die CDU/CSU legt großen Wert darauf, dass sich Länder an dem Programm beteiligen. Die meisten hätten sich bisher nur mit „warmen Worten“ an der Lösung der [Milchkrise](http://www.topagrar.com/themen/Milchkrise-1782186.html) beteiligt.
* Steuerlich soll es befristete Freibeträge (bis 2020) zur Schuldentilgung und eine verbesserte Risikovorsorge geben. Dafür wird die Möglichkeit geschaffen, Gewinne über drei Wirtschaftsjahre zu glätten. Bislang erfolgt die Durchschnittsbesteuerung auf Basis von zwei Wirtschaftsjahren.
* Schließlich will die Union die Folgen der starken Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel abmildern. Dazu soll bei der anstehenden Novelle des Kartellrechts geprüft werden, ob die Regelungen zum Missbrauch von Nachfragemacht verschärft werden können. Das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter [Einstandspreis](http://www.topagrar.com/themen/Einstandspreis-1775170.html) soll unbefristet verlängert und strenger gefasst werden.

(Quelle: top agrar)

**3.2. Bundesrat beschließt mehr steuerliche Flexibilität für Landwirte**

Zur Unterstützung der heimischen Landwirtschaft soll eine Risikoausgleichsrücklage eingeführt werden, das sieht eine vom Bundesrat verabschiedete Entschließung vor. Dabei handelt es sich um eine eigenbetriebliche Liquiditätsvorsorge, die steuerlich gefördert wird. Mit diesem Instrument sollen Einkommensschwankungen in landwirtschaftlichen Betrieben ausgeglichen und somit ein Beitrag zur Stabilisierung der Agrarbetriebe geleistet werden.

Bringt also der Landwirt in guten Zeiten einen Teil seines Gewinns in die Rücklage ein, würde diese nicht versteuert. In schlechten Zeiten könnte diese Rücklage dann zur finanziellen Stützung des Betriebes herangezogen werden. Die den Betrieben derzeit zur Verfügung stehenden ökonomischen Instrumente reichen nach Ansicht des Bundesrates nicht aus. Die Landwirtschaft sei nicht nur in hohem Maße vom Wetter abhängig sondern inzwischen auch von der Volatilität der weitgehend liberalisierten Agrarmärkte. Die Entschließung wird nun der Bundesregierung zugeleitet.

**3.3. 65 Mio. Euro Liquiditätseihilfe gehen an mehr als 9.000 Höfe**

Insgesamt 8 961 landwirtschaftliche Betriebe haben in den vergangenen sechs Monaten auf Antrag Liquiditätsbeihilfen in Höhe von insgesamt 65,2 Mio. Euro erhalten. Das teilte das Bundeslandwirtschaftsministerium mit. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gingen 20,1 Mio. Euro nach Bayern, 17,0 Mio. Euro nach Niedersachsen, 9,5 Mio. Euro nach Nordrhein-Westfalen, 5,8 Mio. Euro nach Schleswig-Holstein und 4,9 Mio. Euro nach Baden-Württemberg.

Dem Agrarressort zufolge genehmigte die BLE 7 369 Anträge von Milchviehhaltern und 1 592 Anträge von schweinehaltenden Betrieben, was rund 10 % der Milchbauern und 6 % der Schweinehalter entspricht. Insgesamt 960 Anträge wurden abgelehnt, wobei die gesamte Antragssumme mit 71,5 Mio. Euro die verfügbaren Mittel um 2,3 Mio. Euro übertraf.

**3.4. Bundesregierung setzt klar auf Export bei Agrar- und Ernährungswirtschaft**

Die Bedeutung des Exports in der Agrar- und Ernährungswirtschaft betonten sowohl Bundesminister Christian Schmidt als auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf dem 7. Außenwirtschaftstag in Berlin. Mit rund 569.000 Beschäftigten ist die Ernährungsindustrie der drittgrößte Industriezweig in Deutschland. Aber der Nahrungskonsum pro Kopf hat seine Grenzen und auch die demografische Entwicklung in Deutschland bietet kaum Wachstumschancen. Dementsprechend eröffnete Außenminister Steinmeier den Außenwirtschaftstag mit den Worten: „Politik und Wirtschaft haben die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und setzen immer deutlicher auf den Export als Wachstumsmotor. Es gilt, diesen Motor weiter anzufeuern!" Bereits heute liegt die Exportquote der Branche bei 33 % - Tendenz steigend. Mit über 55 Mrd. Euro Exporten im Jahr 2015 erlebte die deutsche Ernährungsindustrie ein Rekordjahr.

„Der Export ist eine tragende Säule unserer Landwirtschaft“, machte Schmidt deutlich, „die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft besetzt im internationalen Vergleich eine Spitzenposition.“ Unsere qualitativ hochwertigen und sicheren Produkte sind weltweit gefragt. Die Exportquote der Ernährungsindustrie beweist, wie wichtig der Export für die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Ernährungsindustrie ist, unterstrich der Agrarminister: „Der Export ist und bleibt eine tragende Säule unseres Wohlstands, insbesondere im ländlichen Raum“. Im vergangenen Jahr konnte der Absatz unter anderem auf dem wichtigen chinesischen Markt deutlich gesteigert werden. Insgesamt wurden Lebensmittel und Agrarerzeugnisse im Wert von 1,364 Mrd. Euro nach China exportiert, ein Plus von 46 %.

Mit der nach eigener Einschätzung effektiven Außenwirtschaftspolitik unterstützt Schmidt die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft: „Ich werde diese Exportstrategie weiter ausbauen.“ Dafür hat das BMEL bereits eine neue Stabsstelle für Exportangelegenheiten geschaffen, mittlerweile arbeiten rund 80 Beschäftigte zu Fragen des Exports und Außenhandels im BMEL-Geschäftsbereich. Rund 400 Vertreter aus Industrie, Verbänden und öffentlichem Sektor sind der Einladung ins Auswärtige Amt gefolgt.

**3.5. EU-Agrarhandelsbilanz erzielt im April Rekordüberschuss**

Nach Berechnungen der EU-Kommission übertraf der Wert der EU-Agrarexporte den der Einfuhren mit Drittstaaten um 1,5 Mrd. Euro. Insgesamt verzeichnete das Agraraußenhandelsvolumen aber einen Rückgang, demnach erreichten die Lieferungen in Drittländer im Berichtsmonat einen Gesamtwert von 10,98 Mrd. Euro; das waren 211 Mio. Euro oder 1,9 % weniger als vor einem Jahr. Die Importe nahmen um 714 Mio. Euro beziehungsweise 7,0 % auf 9,48 Mrd. Euro ab.

In der Zwölf-Monate-Periode von Mai 2015 bis April 2016 führte die EU Agrarrohstoffe und Lebensmittel für insgesamt 128,59 Mrd. Euro aus, was bezogen auf den Vergleichszeitraum 2014/15 eine Steigerung um 3,56 Mrd. Euro oder 2,8 % bedeutete. Ausschlaggebend dafür war der rege Handel mit den Vereinigten Staaten und China. Die Agrarexporte in die USA erhöhten sich wertmäßig um 14,4 % auf 19,93 Mrd. Euro, die nach China sogar um 29,0 % auf 10,83 Mrd. Euro. Auch im Berichtsmonat kauften beide Länder dem Wert nach deutlich mehr Agrarwaren aus der EU als im April 2015. Die EU-Agrarimporte legten in der Zwölf-Monate-Periode um 5,03 Mrd. Euro oder 4,7 % auf 112,47 Mrd. Euro zu.

**4. Meldungen zur Ernte**

* **MARS erwartet EU-Weizenernte über Durchschnitt**

Die EU-Prognoseeinheit MARS schätzt die Ertragsaussichten der EU-28 für Weichweizen, Gerste und Mais deutlich über dem Fünf-Jahres-Mittel. Die Rapserträge sollen dicht über dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liegen. Für Weizenweizen wurde die Prognose für den durchschnittlichen EU-Ertrag leicht auf 6,07 (Fünf-Jahres- Mittel: 5,83) t/ ha gesenkt, da die Aussichten für Frankreich (nun 7,45 t/ha) und Deutschland (8,04 t/ ha) auf Monatssicht zurückgenommen wurden. Die Aussichten für die Gerstenernte sind EU-weit auf durchschnittlich 5,01 t/ha gestiegen. Für Körnermais erwartet MARS in diesem Jahr mit im Schnitt 7,35 t/ha eine deutlich höhere Ernte als im Vorjahr. Für Deutschland werden durchschnittlich 10,06 t/ha veranschlagt. Der durchschnittliche EU-Rapsertrag sank gegenüber dem Vormonat auf 3,24 t/ha.

* **USDA schätzt höhere globale Versorgung für Weizen**

Mit einem durchgängigen Plus bedachte das US-Landwirtschaftsministerium die aktuelle Schätzung der Weizenversorgung 2016/17. Die globale Erzeugung wird nun bei 731 Mio. t gesehen und damit knapp 4 Mio. t höher als im Vormonat. Damit bestünde nur noch ein Defizit von 4 Mio. t gegenüber Vorjahr. Für die EU-28 wurden die Schätzungen um 1 Mio. t auf 157,5 Mio. t angehoben, damit verfehlt die EU-28 das Vorjahresergebnis um 2,5 Mio. t. Gleichzeitig wurde die Nachfrageerwartung nach oben geschraubt und erreicht aktuell 716 Mio. t. Das sind gut 8 Mio. t mehr als 2015/16.

Insgesamt wird der globale Handel mit Weizen und Nachprodukten 2016/17 bei 165,4 Mio. t gesehen, 1,5 Mio. t über Vormonat, aber immer noch 2,3 Mio. t unter Vorjahr. Da das Angebot die Nachfrage im vierten Jahr in Folge übersteigt, wenn auch nicht mehr ganz so üppig wie 2015/16, werden die Bestände 2016/17 erneut kräftig wachsen. Das USDA korrigierte seine jüngste Schätzung um 0,5 Mio. t auf knapp 258 Mio. t nach oben. Das wäre ein Plus von 15 Mio. t gegenüber Vorjahr und Rekordergebnis.

Der Maismarkt wird knapper eingestuft als bisher. Die jüngste Schätzung des USDA taxiert die Endbestände 2016/17 mit 205 Mio. t nicht nur knapp 2 Mio. t geringer als in der Vormonatsprognose sondern damit nun auch über 1 Mio. t geringer als im Vorjahr. So wird die globale Nachfrage nun bei 1.013 Mio. t gesehen und damit gut 1 Mio. t über der Vormonatsschätzung. Damit wird der Bedarf nun deutlicher als bisher vermutet das Angebot übersteigen, das auf 1.012 Mio. t prognostiziert wird. In der EU-28 wird die Maisernte mit geschätzten 64,3 Mio. t das Vorjahresergebnis um gut 6 Mio. t übersteigen. Demgegenüber wird die Nachfrage aktuell mit 74,3 Mio. t nur noch leicht über Vorjahr erwartet. Zudem wurde die Importschätzung 2016/17 auf 13 Mio. t deutlich zurückgenommen. Damit blieben am Ende des Wirtschaftsjahres aufgrund der angebots-übersteigenden Nachfrage nur 5,3 Mio. t Mais übrig. Das wären gut 1 Mio. t weniger als im Vorjahr und das niedrigste Ergebnis seit 4 Jahren.

* **Raiffeisenverband bleibt bei leicht überdurchschnittlicher Ernteprognose**

Der Deutsche Raiffeisenverband geht in seiner vierten Ernteschätzung von einer leicht überdurchschnittlichen Getreideernte für 2016 aus. Aus seiner Sicht haben die Getreide- und Rapsbestände die jüngsten Unwetter mit Starkregen und Überschwemmungen ohne nennenswerte Schäden überstanden. Zur vorangegangenen Schätzung wurde das Ergebnis um 0,3 auf 48 Mio. t angehoben. Grund für diese Anpassung sind vor allem die etwas höher veranschlagten Hektarerträge bei Weizen und Gerste. Das Vorjahresergebnis von 48,8 Mio. t wird allerdings um 1,6 % unterschritten. Das ist in erster Linie auf eine 1,2 % geringere Anbaufläche zurückzuführen. Der Entwicklungsstand der Bestände entspricht dem langjährigen Mittel. Höhere Ertragsschätzungen gegenüber Vormonat gab es für Winter- und Sommerweizen Winter- und Sommergerste, Mais und Triticale. Für Roggen, Wintermenggetreide, Hafer und Winterraps wurden die Ertragsschätzungen demgegenüber leicht zurückgenommen.

* **Russland steigert 2015/16 spürbar seine Getreideexporte**

Zum Stichtag 1. Juni 2016 hat Russland fast 32,7 Mio. t Getreide exportiert. Einen Monat vor dem Ende des Wirtschaftsjahres 2015/16 lag die Exportmenge um 12,5 % höher als zum gleichen Zeitpunkt der Vorsaison, teilte das Agrarministerium mit. Die setzte sich unter anderem aus mehr als 23,6 Mio. t Weizen sowie 4,2 Mio.t Gerste und mehr als 4,5 Mio. t Körnermais zusammen.

* **Russland rechnet mit 105,4 Mio. Getreide**

Für die gesamte russische Getreideernte 2016 erwarten russische Analysten ein Ergebnis von 105,4 (Vorjahr: 104,8) Mio. t. Die Weizenernte wird auf 61,1 (61,8) Mio. t veranschlagt. Bei Mais soll eine Ausweitung der Anbaufläche zu einem neuen Ernterekord von 13,7 (13,2) Mio. t führen. Auch die Erzeugung von Gerste soll auf 18,3 (17,5) Mio. t wachsen.

* **UFOP meldet gute Vermarktungschancen beim Raps**

In einer aktuellen Markteinschätzung erklärt die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP), dass die Rapssaat auch in der kommenden Saison gefragt bleibt. Die UFOP empfiehlt daher, die guten Vermarktungschancen mit einer Ausdehnung des Winterrapsanbaus bis zur betrieblichen Fruchtfolgegrenze zu sichern.

Die Nachfrage nach Raps dürfte auch in der kommenden Saison 2016/17 hoch sein, so dass die Vorräte bei erneut rückläufigem Angebot deutlich schwinden. Nach Informationen der UFOP sagen aktuelle Prognosen voraus, dass die globalen Endbestände auf den niedrigsten Wert seit 13 Jahren fallen könnten. Die bereits seit April 2016 über Vorjahresniveau gestiegenen Erzeugerpreise haben demnach weiter Luft nach oben und die Vorzüglichkeit von Raps gegenüber Weizen wächst.

* **FAO und IGC erhöhen Prognose für weltweite Weizenproduktion 2016/17**

Die FAO hat ihre Prognose für die weltweite Weizenernte 2016/17 deutlich angehoben. Mit 724 Mio. t würde die Erzeugung noch rund 10 Mio. t unter der diesjährigen Ernte liegen, schreibt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Den weltweiten Weizenverbrauch veranschlagt die FAO 2016/17 auf 718,3 Mio. t. Die Endbestände 2016/17 sollen daher das vierte Jahr in Folge steigen und 215,5 Mio. t erreichen.

Der Internationale Getreiderates (IGC) hat in seiner jüngsten Schätzung die globale Weizen- und Maiserzeugung ebenfalls erneut nach oben korrigiert. Die Analysten gehen jetzt bei der Weizenernte 2016/17 von 722 Mio. t aus. Das sind 5 Mio. t mehr als in der Vormonatsprognose, 14 Mio. t weniger als im Vorjahr. Die Anfangsbestände für 2016/17 sieht der IGC aktuell bei 939 Mio. t Weizen und liegt damit 3 Mio. t über Vorjahreslinie. Mit dem größeren Angebot hob der IGC die Verbrauchsprognose um 2 Mio. t auf 717 Mio. t an und bleibt damit unter den vorjährigen 719 Mio. t. Für den Maismarkt hat der IGC seine Prognose auch deutlich angehoben. Er schätzt eine globale Maiserzeugung über 1 Mrd. t. Das wären 3,3 % mehr als im Vorjahr.

* **USDA: Ukrainisches Soja häufig mit GV-Saatgut produziert**

Trotz eines Regierungsverbots stammt offenbar ein großer Teil der Soja- und Maisernte in der Ukraine von gentechnisch verändertem (GV) Saatgut. Im aktuellen Bericht des US-Agrarministeriums heißt es, dass obwohl der Anbau von GV-Pflanzen offiziell verboten ist, schätzen private Analysten, dass rund 80 % der Sojabohnen und 10 % des Maises gentechnisch verändert wurden.

Der weit verbreitete Anbau von GV-Saatgut in der Ukraine steht damit im Gegensatz zur Situation der Nachbarländer, in denen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der Öffentlichkeit mehrheitlich eher auf Ablehnung stoßen. Nach Informationen des Rechercheunternehmens BMI Research lehnt die Bevölkerung in der Ukraine GVO jedoch nicht völlig ab, so dass die Marktchancen für Saatguthersteller dort im Verhältnis zu den meisten andern EU-Ländern relativ gut seien. Das USDA erwartet in der Ukraine für 2016/17 eine Sojaernte von 5 (Vorjahr: 3,9) Mio. t sowie eine Maisernte von 26 (Vorjahr: 23,3) Mio. t. Ein großer Teil der Produktion wird dabei exportiert. Vom Soja ging 2015/16 rund die Hälfte der Produktion ins Ausland und bei Mais rund ein Drittel. Analysten gehen davon aus, es könnte zu Absatzschwierigkeiten kommen, wegen der Anteile an GVO in den Exportmengen geben.

**5. Pflanzenschutz**

**5.1. Anwendung von Pflanzenschutzmitteln:**

**Mindestabstände zu Anwohnern und Umstehenden aktualisiert**

Anwender von Pflanzenschutzmitteln müssen ab sofort neue Mindestabstände zu unbeteiligten Dritten (Anwohner und Umstehende) einhalten, teilte die Bundesanstalt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BLE) in einer Bekanntmachung mit. Die Abstände betragen bei Spritz- bzw. Sprühanwendungen zwei Meter in Flächenkulturen und fünf Meter in Raumkulturen. Die genannten Mindestabstände gelten zu Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind (im Sinne von §17 des Pflanzenschutzgesetzes), zu Grundstücken mit Wohnbebauung und privat genutzten Gärten, sowie zu unbeteiligten Dritten, die beispielsweise benachbarte Wege nutzen.

Die Anpassung der Mindestabstände war notwendig, weil die europaweit harmonisierte Bewertung der Exposition bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an den Stand von Wissenschaft und Technik angepasst wurde. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat die entsprechende Leitlinie zur Expositionsbewertung bereits 2015 aktualisiert.

Die Bekanntmachung zu den Abstandsregelungen ist in der Anlage beigefügt. Ebenfalls beigefügt ist ein aktuelles DLG-Merkblatt zum Gewässerschutz bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.

**5.2. Wirkstoffgenehmigung für Glyphosat: Noch immer keine Entscheidung**

Der Berufungsausschuss zum Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel der Europäischen Kommission (SCoPAFF) hat heute (24.06.2016) über die Verlängerung der Genehmigung des Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffs Glyphosat beraten. Erwartungsgemäß enthielt sich Deutschland der Stimme. Damit ergab sich keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Vorschlag der EU-Kommission, die Genehmigung um 18 Monate zu verlängern.

Der Grain Club hat in einer Pressemitteilung seine Empörung über dieses Politikversagen geäußert. Obwohl alle zuständigen Behörden einvernehmlich zu der Erkenntnis gelangt sind, dass einer Genehmigung nichts entgegensteht, wird diese aus rein wahlkampftaktischen und populistischen Gründen verzögert, behindert, beschränkt und befristet. Damit sabotieren politische Parteien ein Genehmigungsverfahren, das sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene von Regierungen und Parlamenten beraten und beschlossen worden ist. Sie diskreditieren die mit der unabhängigen Risikobewertung betrauten Behörden und unterstützen Organisationen, deren Geschäftsmodell darin besteht, mit der Angst der Menschen Einnahmen zu erzielen.

Nun muss die EU-Kommission über die Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung entscheiden.

**Nach Stand vom Abend des 28. Juni 2016** (ARD-Tagesschau – [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)) hat der zuständige EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis am Rande eines Treffens der EU-Agrarminister in Luxemburg eine Verlängerung der Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat um 18 Monate angekündigt.

Unter den EU-Staaten war trotz wiederholter Versuche nicht die nötige Mehrheit für eine Verlängerung oder Neuzulassung von Glyphosat zustande gekommen: Von den 28 Mitgliedsländern stimmten einem EU-Vertreter zufolge 19 für eine weitere Zulassung, sieben enthielten sich und Frankreich sowie Malta waren dagegen. Deutschland hatte sich bei der Abstimmung enthalten, da in der Regierung keine Einigung zwischen den Glyphosat-Befürwortern der CDU und den Gegnern beim Koalitionspartner SPD erzielt werden konnte. Da es keine gemeinsame Position gibt, musste die EU-Kommission eine Entscheidung treffen. Zuvor hatte sie bereits angedeutet, sich für eine Verlängerung zu entscheiden.

**5.3. Mühlenwirtschaft: Glyphosat nicht zur Sikkation einsetzen**

Das sehr wechselhafte Wetter mit viel Regen im Süden und Trockenheit im Nord-Osten könnte die Brotgetreideernte 2016 vor besondere Herausforderungen stellen. Wie der [Verband Deutscher Mühlen](http://www.muehlen.org/) (VDM) schreibt, ist es möglich, dass das **Getreide** aufgrund der Witterung in einigen Regionen **nicht gleichmäßig abreifen** oder ins Lager gehen wird.

Eine **Spätanwendung mit** [Glyphosat](http://www.agrarheute.com/news/glyphosat-zulassung-eu-staaten-schieben-verantwortung) ist in solchen Situationen unter strengen Auflagen zugelassen. Die Mühlenwirtschaft fordert die Landwirte auf, den Wirkstoff nur einzusetzen, wenn das Getreide anders nicht geerntet werden kann und auf die Sikkation ganz zu verzichten. Getreide, das mit Glyphosat kurz vor der Ernte behandelt wurde, gehöre nicht in die Mühlen.

**Müller wollen kein mit Glyphosat behandeltes Getreide**

Auch wenn die Vorerntebehandlung mit Glyphosat unter den strengen Anwendungsbestimmungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) möglich sei, wollen die Müller kein mit Glyphosat behandeltes Getreide zu Lebensmittel verarbeiten und sehen die Branche bereits auf einem guten Weg. Daher fordert die Mühlenwirtschaft die Landwirte auf, auf den Einsatz kurz vor der Ernte ganz zu verzichten.

Bereits seit dem Jahr 2002 untersuchen die Unternehmen der Mühlenwirtschaft Getreide und Mahlerzeugnisse auf Glyphosat im Rahmen ihres Europäischen Getreidemonitoring. "Es hat sich gezeigt, dass die gemeinsame Anstrengungen der Partner in der Getreidekette zur Minimierung von Rückständen und die Einschränkung der Spätanwendung im Brotgetreideanbau erfolgreich gewesen sind", sagt Peter Haarbeck, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Mühlen.

"Im Jahr 2015 konnte in 93 Prozent der untersuchten Proben kein Glyphosat nachgewiesen werden, dort wo Rückstände festgestellt worden sind, lagen sie auf einem sehr, sehr niedrigen Niveau", erklärt Haarbeck weiter.

**Behandelte Getreidepartien sollen getrennt gelagert werden**

Der Verband fordert die Getreidebauern auf, **behandelte Getreidepartien getrennt zu lagern** und zu vermarkten. Mühlen und Getreidehandel müssten in jedem Fall von den Landwirten darüber informiert werden, wenn Glyphosat bei der Ernte zum Einsatz gekommen ist.

"Fest steht, dass die Verbraucher keine Glyphosatrückstände in ihrem Essen wollen und seien sie noch so gering. Andererseits braucht die konventionelle Landwirtschaft das Herbizid Glyphosat. Deswegen kann die Devise nur heißen: So wenig wie möglich, so viel wie nötig", resümiert Haarbeck.

**5.4. Keine Planungssicherheit durch zunehmende Pflanzenschutz-Zulassungsdauer**

BVA-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Bundesverbandes der Vermehrungsorganisations-Firmen (BVO), Jörg Hartmann, kritisiert die zunehmende Dauer bei Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln und Wirkstoffen. Hartmann sagte am Donnerstag anlässlich des Saatguthandelstages in Magdeburg: „Es geht mir um Verhältnismäßigkeit. Wir reden über Produkte, die teilweise seit Jahrzehnten verwendet werden und keine Schäden verursacht haben.“ Bei einigen, für die Saatgutbranche wichtigen Beizmitteln laufen in den kommenden Jahren die Zulassungen ab. „Wir haben keine Planungssicherheit und wissen nicht, wohin die Reise geht“, erklärte Hartmann, seit 2012 BVO-Vorsitzender. Die derzeitige auf EU-Ebene geführte Debatte um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat bezeichnete er als „Zulassungsschlacht“. Dabei werde nicht mehr anhand von wissenschaftlichen Fakten entschieden, kritisierte Hartmann: „Wir befürchten ähnliches für die Zulassung von Beizmitteln.“

Der Saatguthandelstag fand in diesem Jahr mit einer Rekordbeteiligung von 230 Teilnehmern erstmals in Magdeburg statt.

**5.5. Zulassungen von Isoproturon und Triasulfuron zum 30.09.2016 widerrufen**

Nachdem die Europäische Kommission entschieden hat, die Genehmigungen für Isoproturon und Triasulfuron als Pflanzenschutzmittelwirkstoffe nicht zu erneuern, wird das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit diesen Wirkstoffen zum 30. September 2016 widerrufen.

Betroffen von dem Widerruf sind die folgenden Pflanzenschutzmittel:

 Protugan (Zul.-Nr.: 003922-00)

 Isofox (Zul.-Nr.: 006332-00)

 InnoProtect Isofox (Zul.-Nr.: 006332-60)

 Solar (Zul.-Nr.: 006365-00)

 Herbaflex (Zul.-Nr.: 025001-00)

 Arelon Flüssig (Zul.-Nr.: 043333-00)

 Zoom (Zul.-Nr.: 024654-00)

Nach dem Widerruf gilt eine Abverkaufsfrist für Lagerbestände bis zum 30. März 2017 und eine Aufbrauchfrist bis zum 30. September 2017. Die Zulassung des Pflanzenschutzmittels FENIKAN (Zul.-Nr. 043779-00) endet am 30. Juni 2016 durch Zeitablauf. Hier geht die Abverkaufsfrist bis zum 30. Dezember 2016 und die Aufbrauchfrist bis zum 30. September 2017. Genehmigungen für Pflanzenschutzmittel des Parallelhandels, die sich auf die genannten Pflanzenschutzmittel beziehen, enden zu denselben Terminen mit denselben Abverkaufs- und Aufbrauchfristen.

Nach dem Ende der Aufbrauchfrist unterliegen die Pflanzenschutzmittel der Beseitigungspflicht, eventuelle Reste müssen dann umgehend entsorgt werden.

**5.6. Generell weniger Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auf Lebensmitteln**

Die Belastung mit Pflanzenschutzmittelrückständen liegt seit Jahren konstant auf einem niedrigen Niveau. Im Jahr 2014 stieg die Quote der Rückstandshöchstgehaltsüberschreitungen bei deutschen Erzeugnissen leicht auf 1,9 %. Das zeigen die Untersuchungsergebnisse der Bundesländer, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in der „Nationalen Berichterstattung Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln 2014“ veröffentlicht hat. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Kulturen.

Im Rahmen der überwiegend risikoorientiert durchgeführten Kontrolle von Lebensmitteln auf das Vorhandensein von Rückständen von Pflanzenschutzmitteln wurden 2014 bei der Untersuchung von 19.500 Lebensmittelproben in den Laboren der Bundesländer über 5,8 Mio. Analyseergebnissen generiert. Dabei wurden die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittelrückständen in deutschen Erzeugnissen bei 1,9 % der untersuchten Proben überschritten (2010: 1,0 %, 2011: 1,4 %, 2012: 1,6 % und 2013: 1,1 %.)

Lebensmittel, die in der Vergangenheit auffällig geworden sind, werden durch die Risikoorientierung häufiger und mit höheren Probenzahlen untersucht. Der Anteil an Proben, bei denen Pflanzenschutzmittelrückstände festgestellt werden, ist dadurch überproportional groß. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die durchschnittliche Belastung von Lebensmitteln mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln deutlich niedriger ist.

**6. Düngung**

**6.1. Stickstoffdüngemittel – Preise nochmals korrigiert**

Die Düngersaison im Marktfruchtbau ist abgeschlossen. Zuletzt bestand hier und da höchstens noch etwas Bedarf an KAS für Grünland. Landwirtschaft und Handel befassen sich bereits mit der nächsten Saison. Das Preisniveau für N-Dünger hat nochmals etwas nachgegeben. Die Gelegenheit wird in der Landwirtschaft für Käufe genutzt, teils für Teilmengen, wenn auf weitere Preiskorrekturen gesetzt wird, aber auch über den Bedarf bereits über eine Saison hinaus. Das Angebot speziell an N-Düngern und Harnstoff auf dem Weltmarkt ist groß, dass unterstützt allerdings die Erwartung fallender Preise.

Der Markt ist mit Düngemitteln grundsätzlich gut versorgt. Bei KAS herrscht eher ein Überangebot, weil die Produktion immer weiter ausgebaut wird. Der slowakische Hersteller Duslo erweitert seine Produktion von KAS um 250.000 t, in Ungarn sollen zusätzliche Kapazitäten von 500.000 t entstehen. Ende vorigen Jahres ist in der Türkei eine Anlage, die eng mit der BayWa zusammenarbeitet, mit einer 500.000 t Produktionskapazität gestartet.

**6.2. K+S: Gewinn bricht dramatisch ein**

Der Düngemittel- und Salzkonzern K+S muss im zweiten Geschäftsquartal einen massiven Einbruch seines operativen Gewinns verkraften. Das EBIT I erreichte gerade mal rund 10 Mio. Euro, teilte die K+S AG mit. Im Vorjahresquartal hatte der DAX-Konzern noch ein EBIT I von 179,2 Mio. Euro erzielt. Investoren sind verunsichert, die K+S-Aktie verliert kurz darauf rund 9 Prozent an Wert.

Grund für den Ergebniseinbruch seien neben deutlich niedrigeren Durchschnittspreisen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte auch unvorhergesehen hohe Produktionsausfälle. Weil K+S im Werk Werra keine ausreichende Entsorgungsmöglichkeiten für Salzabwässer hatte, musste der Konzern im April vorübergehend Kurzarbeit einführen.

Bereits im Auftaktquartal hatte der Konzern unter dem schwachen Kalimarkt gelitten. Im Geschäftsbereich Salz führte die geringere Voreinlagerung von Auftausalz aufgrund hoher Bestände zu einem deutlichen Mengenrückgang insbesondere in Nordamerika. Den vollständigen Halbjahresfinanzbericht veröffentlicht K+S am 11. August 2016.

**7. Big Data in der Landwirtschaft:**

**Prozessanalyse und Handlungsempfehlung per Smartphone**

Ein Farm-Management-System soll den Pflanzenbau durch die Nutzung von Big Data revolutionieren. Das Vorhaben wird durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit 1.098.000 Euro gefördert und vom Projektträger BLE (ptble) betreut.

Moderne Landmaschinen sind durch eine Vielzahl analoger und elektronischer Baugruppen geprägt, die eine hohe und wachsende Mengen digitaler Daten produzieren. In einem dreijährigen Forschungsprojekt zum Thema „Big Data im landwirtschaftlichen Prozess innovativ nutzen (BiDa LAP)“ will ein Verbund aus Wirtschaft und Forschung ein elektronisches Infrastruktursystem für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion entwickeln. Zu dem Verbund gehören die AgriCon GmbH, die LogicWay GmbH, die Technische Universität Dresden und die Technische Universität Berlin.

Das elektronische Infrastruktursystem soll herstellerunabhängig Maschinendaten erfassen, Werte unterschiedlicher Arbeitsgeräte miteinander vernetzten und relevante Prozessinformationen in Echtzeit über mobile Endgeräte abbilden sowie dem Landwirt eine fortlaufende Überwachung und stetige Optimierung aktueller Arbeitsgänge ermöglichen.

Nicht alle anfallenden Daten tragen zu einem deutlichen Erkenntnisgewinn bei und helfen bei der Bewirtschaftungsoptimierung. Das System soll daher automatisiert prozessrelevante Daten erkennen und darüber hinaus sinnvolle pflanzenbauliche Parameter nutzen, wie beispielsweise Ertragsdaten sowie Nährstoff- und Humusbilanzen.

Darauf aufbauend liefert das Farm-Management-System Handlungsempfehlungen zu organisatorischen Indikatoren (zum Beispiel prognostizierte Restarbeitszeit einer Maschine auf einem Feld), technischen Indikatoren (zum Beispiel Schlupf einer Maschine), ökonomischen Indikatoren (zum Beispiel Gesamtkosten eines Arbeitsverfahrens in Abhängigkeit von der gewählten Arbeitsbreite), agronomischen Indikatoren (zum Beispiel Schadverdichtung) und Nachhaltigkeits-Indikatoren (zum Beispiel CO2-Emissionen eines Produktionsverfahrens), die einem Anwender als Entscheidungsunterstützung und zur Bewertung von Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die erhobenen Daten aller Anwender sollen zudem den Aufbau einer Bewirtschaftungsmusterdatenbank erlauben, die betriebsübergreifend Arbeitsmaschinen- und Prozessdaten anonymisiert erfasst, auswertet und bewertet. Ein einzelner Landwirt soll auf diese Datenbank zugreifen und Informationen zu einem gewünschten Bewirtschaftungs-Szenario abrufen können. Die anschließende elektronische Auswertung des jeweiligen Einsatzes erweitert wiederum die Grundlage der Datenbank für die Gesamtheit aller Nutzer.

**8. Erneuerbare-Energien-Gesetz:**

**Regierung einigt sich auf Reform der Ökostromförderung**

Die Bundesregierung hat die Reform der Ökostromförderung beschlossen. Das Kabinett stimmte der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) zu. Damit wird die Förderung von Solarfeldern, Windrädern und Biomasseanlagen von staatlich fest-gesetzten Preisen auf ein Marktmodell umgestellt. Ab 2017 werden die Subventionen in Auktionen ermittelt. Der Anbieter mit dem günstigsten Angebot erhält den Zuschlag. Wie bisher fließt die Förderung für den Zeitraum von 20 Jahren. Außerdem hat die Regierung neue Ausbaupfade für die verschiedenen erneuerbaren Energien festgelegt. In den drei Jahren zwischen 2017 und 2019 sollen pro Jahr 150 Megawatt brutto an Leistung hinzukommen.

**9. Literaturtipps**

**9.1. Studie: Landhandel ist die wichtigste Informationsquelle für Landwirte**

Im Rahmen einer Studie mit 839 Betrieben hat die Kleffmann Group im April/Mai 2016 Landwirte befragt, wo sie sich über aktuelle Marktpreise von Getreide und Raps informieren. Auch wenn der Fokus der Öffentlichkeit derzeit überwiegend auf die Krise in der Milch- und Schweinefleischproduktion konzentriert ist, sind doch sämtliche Agrarbranchen von der internationalen Öffnung der Märkte betroffen. Vor dem Hintergrund schwankender Preise für Agrarerzeugnisse wird die Vermarktung der Produkte und damit auch aktuelle Informationen über Marktpreise immer bedeutender.



Die wichtigsten Informationsquellen sind mit 54% der befragten Landwirte der Landhandel, das Internet (37%) und Zeitschriften (36%). Es bestehen jedoch deutliche regionale Unterschiede. Im Norden ist der Landhandel noch wichtiger als in den anderen Regionen. Im Süden die Zeitschriften wichtiger als in den anderen Regionen.

**9.2. Neues DLG-Merkblatt zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln:**

**Einträge ins Trink-, Grund- und Oberflächenwasser vermeiden und reduzieren**

Bis zur Jahrtausendwende gab es viele Pflanzenschutzmittel, die eine sogenannte W- oder Wasserschutzgebietsauflage hatten. Damit war ihr Einsatz in Wasserschutzgebieten untersagt. Änderungen im Zulassungsverfahren führten dazu, dass nach und nach diese Wasserschutzgebietsauflagen durch Anwendungsbestimmungen ersetzt wurden, mit denen das Risiko einer Wassergefährdung oder eines Gewässereintrags so weit wie möglich reduziert werden sollte.

Das dem vorliegenden Merkblatt weist auf die wichtigsten Maßnahmen hin, wie grundsätzlich Einträge ins Wasser (Trink-, Grund- und Oberflächenwasser) vermieden und minimiert werden können. Das Merkblatt steht kostenlos im Internet zum Download bereit unter: [www.dlg.org/dlg-merkblatt\_413.html](http://www.dlg.org/dlg-merkblatt_413.html).

Mit freundlichen Grüßen



H.-Jochen Conrad

Geschäftsführer

**Anlagen zur Info**

Bekanntmachung Mindestabstände im Pflanzenschutz

DLG-Merkblatt zum Gewässerschutz